> Dann kommt der findige Geschäftsmann und gründet eine Bürgerinitiative.
>
> **Hendrik Bednarz**, Rottenburger Finanzbürgermeister – siehe 1. Rottenburger Seite

Übrigens

Gernot Stegert über das Ergebnis der Tübinger App-Befragung

Wider das gefühlte Klima, aber nicht gegen den Klimaschutz

So können die Eindrücke täuschen: Als die Stadtverwaltung am 28. Januar zum Infoabend zur Bürger-App einlud, wollte sie je zwei Vertreter pro und contra Mühlstraßen-Sperrung für Autos diskutieren lassen. Doch dagegen wollte nur die Arbeitsgruppe Verkehr aus dem Forum Alte Weberei aufs Podium. Und auch die war nicht eigentlich gegen die Sperrung, sondern wollte ihren Wohnbereich gegen Ausweichverkehr schützen. Auch aus dem Publikum erhob sich kaum eine kritische Stimme. Traute sich niemand? Alles schien im grünen Tübingen klar zu sein: Eine große Mehrheit ist dafür, dass Radler Autos von der Neckarbrücke und aus der Mühlstraße verdrängen.

Denkste! Das Ergebnis der Bürger-Befragung widerspricht dem gefühlten Rad-statt-Auto-Klima. 52,4 Prozent gegen eine Sperrung sind nicht halbe halbe, sondern eine – bisher schweigende, jetzt durch die App sichtbar gewordene – Mehrheit. Damit kann eine Koalition beispielsweise gut regieren.

Oberbürgermeister Boris Palmer deutet das Umfrage-Ergebnis als Polarisierung in die zwei Blöcke Rad- und Autofreunde. Vielleicht ist dem so. Das wäre schade – und der grüne Rathaus-Chef müsste sich auch fragen, ob er diese mit seinem Vorpreschen beim Verkehrsversuch von Mitte September bis Mitte November nicht geschürt hat. Manches Nein könnte durchaus ein Denkzettel für Palmer sein. Schließlich hat er die versuchsweise Sperrung der Mühlstraßen-Durchfahrt für Autos im Alleingang entschieden („Ich darf das“) und kurz vor der Sommerpause im fünften Absatz einer Pressemitteilung versteckt, hat er die Mehrbelastungen in der Weststadt und Lustnau für unwichtig erklärt und keine aktuellen Verkehrszählungen veranlasst, die die Debatte auf die Basis von Fakten gestellt hätten.

Vielleicht ist die Einwohnerschaft aber auch gar nicht so gespalten, wie der Oberbürgermeister annimmt. Mein – zugegeben subjektiver – Eindruck außerhalb der politischen Kreise jedenfalls ist ein anderer: Die meisten Tübinger und Tübingerinnen sind offen, denken pragmatisch, viele benutzen selbst je nach Anlass Auto und Rad. Sie lassen sich ungern überrumpeln, aber überzeugen.

Auch bei der Suche nach Lösungen muss man den – ungewohnten – Pessimismus Palmers nicht teilen. Ja, in der Mühlstraße ist nur begrenzt Platz. Doch: Früher oder später werden Autos dort und bis zur Tal-Universität so selbstverständlich draußen sein wie heute auf dem Marktplatz. Das muss man allerdings vorbereiten mit einem Gesamtkonzept für alle Verkehrsmittel in der ganzen Stadt: Fuß und Rad, Bus und Stadtbahn oder Alternativen, Mikromobilität und Auto. Experten und Planer sind im Zusammenhang mit der Stadtbahn-(alternativen)prüfung dran. In ein paar Monaten sollen Ergebnisse präsentiert werden. Bis dahin kann der Gemeinderat Unstrittiges beschließen: Rad- und Fußwege, einen noch dichteren Bustakt und mehr. Mit dem App-Ergebnis geht der Klimaschutz nicht unter – vielleicht sogar im Gegenteil.

Knappe Mehrheit für Autos

App-Befragung 52,4 Prozent der teilnehmenden Tübinger wollen keine Sperrung der Mühlstraße, um mehr Platz für Radler zu schaffen. *Von Gernot Stegert*

Die Meinung der Tübingerinnen und Tübinger zur Verkehrsführung auf der zentralen Achse Neckarbrücke, Mühlstraße und Wilhelmstraße ist geteilt: fast halbe halbe. Eine knappe Mehrheit will den Radlern keinen Vorrang vor den Autos einräumen. Das ist das Ergebnis der zweiten Befragung mit der Tübinger Bürger-App vom 4. bis 18. Februar. Mitgemacht hat fast ein Viertel der Berechtigten ab 16 Jahren.

Die Zahlen

Drei Fragen waren gestellt, vom Gemeinderat formuliert. Die erste und wichtigste lautet: Soll die Mühlstraße zugunsten eines Radwegs auf der Neckarbrücke für PKW gesperrt werden? Die Ergebnisse (siehe Grafik unten) zeigen klare Positionen auf beiden Seiten und eine knappe Mehrheit von 52,4 Prozent gegen eine Sperrung. 33,6 Prozent meinen „ja, in jedem Fall“, 14 Prozent „eher ja“, 8,7 Prozent „eher nein“ und 43,7 Prozent „nein, auf keinen Fall“.

Die zweite Frage setzt inhaltlich ein Ja voraus: Wenn der Radweg auf der Neckarbrücke kommt: Welche ergänzenden Maßnahmen sollten ergriffen werden? Hier waren Mehrfachnennungen möglich. 34,1 Prozent wollen mehr Busverkehr zum Österberg, 34,5 Prozent eine Sonderregelung zur Durchfahrt der Mühlstraße für Bewohnerinnen und Bewohner des Österbergs. 47,7 Prozent möchten Maßnahmen zur Verringerung des PKW-Verkehrs in der Weststadt und in Lustnau.

Die dritte Frage zielte auf eine Ausweitung: Wie wichtig ist Ihnen die Fortsetzung einer durchgängigen Radspur vom Lustnauer Tor zur Neuen Aula? Hier war die Polarisierung nicht so stark und ergab sich ein Patt von 50 zu 50 Prozent. 29,3 Prozent war die Verlängerung sehr wichtig, 20,7 Prozent wichtig, 19 Prozent eher unwichtig und 31 Prozent ganz unwichtig.

Die Umfrage war anonym, eine Zuordnung der digital Teilnehmenden zu Altersgruppen war aber unter Wahrung des Datenschutzes möglich. Die Aufschlüsselung hat ein klares Ergebnis: Je jünger, desto mehr fürs Rad, je älter, desto autofreundlicher. Bei den über 60-Jährigen sind 65,2 Prozent dafür, den Autoverkehr auf der Neckarbrücke und in der Mühlstraße weiter zuzulassen. 56,1 Prozent der bis zu 30-Jährigen wollen dem Radverkehr Vorrang einräumen. Die Mehrheit kippt ab den 41-Jährigen.

Die Deutung Boris Palmers

Oberbürgermeister Boris Palmer sagte, er wolle sich bei der politischen Deutung noch zurückhalten, um dem Gemeinderat nichts vorwegzunehmen. „Es steht halbe halbe. Die Befürworter und Gegner besserer Bedingungen für Radfahrende auf der Tübinger Hauptverkehrsachse halten sich die Waage.“ Damit gebe es keine klare Empfehlung für den Gemeinderat. „Egal, wie wir nun entscheiden: Etwa die Hälfte der Befragten wird das falsch finden“, so Palmer. Das sei aber durchaus ein Erkenntnisgewinn. Denn im Vorfeld hätten Vertreter beider Seiten ja geglaubt, sie hätten drei Viertel der Bürger auf ihrer Seite.

Der Grünen-Politiker deutet die Ergebnisse als Ausdruck „zweier festgefügter Blöcke“ in der Stadt: der Radler und der Autofahrer. Das zeige sich auch bei den beiden Alternativen für Österbergbewohner. Die Blöcke verteilen sich dem OB zufolge auf die Altersgruppen. „Ähnlich wie beim Brexit haben die Jüngeren mehrheitlich anders abgestimmt als die Älteren. Der Gemeinderat hat nun die knifflige Aufgabe, daraus einen angemessenen Schluss zu ziehen.“ Möglichkeiten für einen Kompromiss in der Sache sieht Palmer nicht. Der Platz in der Mühlstraße sei begrenzt, da gehe nur Rad oder Auto.

Trotz aller Zurückhaltung macht Palmer keinen Hehl daraus, dass er seit 20 Jahren für die beidseitige Sperrung der Mühlstraße für den Autoverkehr ist und sich ein anderes Ergebnis der Umfrage gewünscht hat. Vielleicht, deutet er an, könne man die Verkehrsfrage zunächst zurückstellen und im Rahmen des Klimaprogramms neu aufnehmen.

Meinungen der Ratsfraktionen

Die Stadtverwaltung will die Ergebnisse im März im Gemeinderat zur Diskussion stellen. Im Mai könnte laut Palmer eine Entscheidung fallen. Das TAGBLATT fragte die Vorsitzenden der Ratsfraktionen nach Kommentaren.

„Wir stellen fest, dass im Verkehrsbereich Innovationen immer mit Vorbehalten und Ängsten vor Veränderungen am Status quo begleitet werden“, meint Christoph Joachim (AL/Grüne). Deshalb sei die Zustimmung von fast 48 Prozent „für eine radikale Veränderung an der Innenstadtverkehrsachse aus unserer Sicht einer hohen Berücksichtigung wert“. Er hätte sich jedoch „mehr Mut erhofft, diesen ersten kleinen Einstieg in die Verkehrswende zu verwirklichen“.

Martin Sökler (SPD) sieht in dem Ergebnis „ein Argument“ für die Abstimmung im Gemeinderat, aber nicht das alleinige. Bei der Knappheit der Mehrheit und in der Abwägung der Argumente bleibe seine Fraktion vermutlich beim Ja zur Sperrung. Allerdings lehre die Umfrage: „Wir müssen an alle denken, auch an die Autofahrer, gerade die Älteren.“ Und es müssten Maßnahmen zur Auto-Entlastung in der Weststadt und in Lustnau geschaffen werden.

Ernst Gumrich (Tübinger Liste) erklärt: „Die Frage der Mühlstraßensperrung polarisiert erkennbar weiter.“ Er sieht aber einen Ausweg: „Wir müssen die Mobilität der Stadt in den nächsten Jahren ohnehin ganz neu erfinden, und dazu gehört eine weiter verkehrsberuhigte Innenstadt. Ein Gesamtverkehrskonzept ist dafür dringend erforderlich.“

Ulrike Ernemann (CDU) sieht ein „wichtiges Meinungsbild bei sehr ordentlicher Beteiligung“ und sagt: „Nicht jede Maßnahme im Namen des Klimaschutzes ist sinnvoll, siehe die erhebliche Mehrbelastung in Lustnau und der Weststadt.“ Die Stadt sollte „nicht einzelne Gruppen wie die Autofahrer, davon viele beruflich aufs Auto angewiesen, aussperren“.

Die Linke ist gegen die Bürger-App. Gerlinde Strasdeit sagt, sie sei „kein demokratisches Instrument“. Herausgekommen sei eine „klare Mehrheit“. 52,4 Prozent gegen die Sperrung der Mühlstraße seien 5 Prozent mehr als dafür.

Markus Vogt („Die Fraktion“) ulkte, das Ergebnis sei von der Autoindustrie manipuliert.

„Jetzt ist weder die Zeit für Triumphgeheul noch für ein trotziges Dennoch“, erklärt Dietmar Schöning (FDP). „Vielmehr gilt es, die konsensfähigen Bestandteile der Konzepte klimaverträglicher Mobilität nach vorne zu rücken und zügig zu verwirklichen.“ Es gebe andere Möglichkeiten zur Stärkung des Radverkehrs, der ÖPNV könne schnell durch einen dichteren Takt gestärkt werden. Sowohl in der Altstadt wie im Univiertel könne der Autoverkehr „weiter zurückgedrängt werden, ohne gleich die Stadt flächendeckend abzusperren“.

Der Versuch mit viel Platz für Radler auf der Neckarbrücke hat keine Mehrheit überzeugt. *Archivbild: Ulrich Metz*

Radweg auf der mittleren Spur der Neckarbrücke? Ergebnisse der Befragung

GRAFIK: UHLAND2; STADT TÜBINGEN

Keine Ausnahme für Bilal Waqas

Abschiebung Das Auswärtige Amt lehnt eine schnelle Familienzusammenführung ab. Heike Hänsel sieht jetzt Palmer am Zug.

Tübingen. Wegen einer „dramatisch angestiegenen Nachfrage nach Visa“ sieht das Auswärtige Amt derzeit keine Möglichkeit, den abgeschobenen pakistanischen Flüchtling Bilal Waqas schnell wieder nach Deutschland reisen zu lassen. Dies schrieb das Amt jetzt an Heike Hänsel. Die Tübinger Linken-Bundestagsabgeordnete hatte sich mit der Bitte um Hilfe an den deutschen Botschafter in Pakistan gewandt.

Zwar stelle die Trennung für die Familie „zweifelsohne eine große Belastung dar“, schrieb das Amt, das rechtfertige aber keine Ausnahme. Sondertermine zur Visumbeantragung seien „ausschließlich nachgewiesenen medizinischen oder humanitären Notfällen vorbehalten“. Ein solcher Notfall liege aber trotz der Diabetes-Erkrankung von Waqas nicht vor. Seine Diabetes lasse sich in Pakisten „gut behandeln“. Wie mehrfach berichtet, war Waqas abgeschoben worden, obwohl er mit einer Deutschen verheiratet ist. Er hatte bei der Einreise falsche Angaben gemacht und muss jetzt in Pakistan ein Visum beantragen. Das kann bis zu zwei Jahre dauern.

Heike Hänsel zeigte sich enttäuscht über die Antwort. „Es zeigt sich nun, dass es eine unverzeihliche Aktion der Tübinger Ausländerbehörde war, ihren Ermessensspielraum nicht zu nutzen und ein geringes Ausweisungsinteresse aufgrund der familiären Situation Bilal Waqas auszulegen“. Boris Palmer als politisch Verantwortlicher müsse sich jetzt „für eine schnelle Rückkehr von Bilal Waqas“ einsetzen. Tatsächlich hatte Palmer sich schon im Januar bei Außenminister Heiko Maas persönlich für eine Ausnahme stark gemacht. Bislang allerdings ohne Reaktion, wie er gestern mitteilte.

Zusammen mit Bürgermeisterin Daniela Harsch erklärte Palmer gestern auch noch einmal öffentlich, dass es für die Stadt „keine rechtmäßige Möglichkeit gab, Bilal Waqas ein Aufenthaltsrecht zu erteilen“. Waqas' „absichtliche, wiederholte Identitätstäuschung“ sei nicht als geringfügige Straftat einzustufen, die Abschiebung deshalb nicht zu verhindern gewesen. Palmer und Harsch hatten sich zuvor mit dem SPD-Abgeordneten Martin Rosemann und Anwalt Holger Rothbauer getroffen.

Letztere blieben nach dem Gespräch bei ihrer Auffassung, dass die Stadt sehr wohl einen Ermessensspielraum gehabt habe: „Weder für die Geringfügigkeit einer Straftat noch für die Aktualität eines generalpräventiven Ausweisungsinteresses gibt es eine klare rechtliche Definition – auch nicht durch Urteile.“ Die Stadt trage deshalb auch eine Verantwortung im Fall Waqas. *uja*

Zur Bürger-App als Form der Bürger-Beteiligung

Die zweite Tübinger Bürgerbefragung per App ist zu Ende. Zwei Wochen lang konnten 79 076 Tübingerinnen und Tübinger ab 16 Jahren ihre Meinung kundtun. Zum Vergleich: Bei einer Bundestagswahl sind 63 000 Tübinger wahlberechtigt. 18 543 Personen haben die Gelegenheit genutzt und per App auf dem Smartphone oder Tablet oder am PC abgestimmt, das sind 23,4 Prozent. Hinzu kommen 830 Menschen, die schriftlich teilgenommen haben. Das entspricht einer Beteiligung von 24,5 Prozent. Die Aufschlüsselung nach Altersgruppen zeigt eine Beteiligung wie bei Wahlen.

Oberbürgermeister Boris Palmer bewertet die Teilnahme von fast einem Viertel als „großartig“, „hervorragend, ja sensationell“. Das gelte umso mehr, da es eine Befragung und kein Bürgerentscheid war und da auch Menschen teilnehmen konnten, die nicht wahlberechtigt sind. Nehme man diese zum Maßstab, steige der Rücklauf auf 30 Prozent. Palmers Fazit: Das Instrument App hat sich bewährt. „Die Bequemlichkeit“ der Teilnahme führe zu hohen Zahlen.

Ein Problem gab es dem OB zufolge nur bei der Postzustellung durch eine kaputte Briefverteilanlage bei S-Mail. Die Stadt werde daher nächstes Mal den Anbieter wechseln, auch wenn die Deutsche Post teurer sei.

Ein Video-Interview mit OB Palmer bei: **tagblatt.de/Video**

Siehe „Übrigens“